

AMNESTY
INTERNATIONAL



7. März 2016

AMERIKA: GESUNDHEITSVORSORGE ALS LOTTERIESPIEL GEFÄHRDET DAS LEBEN TAUSENDER

Pressemitteilung

In ganz Lateinamerika ist das Leben von Millionen von Frauen und Mädchen einem lotterieartigen Gesundheitssystem ausgeliefert. Ein System, das laut dem neuesten Report von Amnesty International religiöse Lehren und Klischees höher einstuft als das Leben der Patientinnen.

Die Studie untersuchte in acht Ländern, welche Zugangsmöglichkeiten Frauen zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsvorsorge haben. Dabei zeigte sich, dass der Zugang zu grundlegenden Rechten wie beispielsweise Empfängnisverhütung, sichere Abtreibungen oder Sterilisationen meistens von den Vermögensverhältnissen der Patientinnen und dem religiösen Standpunkt des medizinischen Personals oder Beamten abhängen.

“Tragischerweise hängt die Entscheidung, ob eine Frau in Lateinamerika eine lebensrettende medizinische Behandlung erhält, von dem guten Willen des medizinischen Personals und ihrem Geldbeutel ab”, sagt Erike Guervara-Rosas, Americas Director at Amnesty International.

“Angefangen in El Salvador, wo Abtreibungen selbst dann verboten sind, wenn das Leben der Patientin in Gefahr ist, bis hin zu Mexiko, wo HIV positive Frauen zwangssterilisiert werden. Diese Beispiele zeigen, dass Frauen und Mädchen in der ganzen Region von einem Berufsstand und System missbraucht werden, die eigentlich dazu dienen sollten, sie zu beschützen. “

“Das wiederkehrende Muster ist, dass man Frauen und Mädchen nicht zutraut, eigenständig Entscheidung hinsichtlich ihrer eigenen Sexualität zu treffen. Statt dessen gibt es immer jemanden anderen, der die Entscheidung für sie fällt.”

“Diese absurden Regularien und Praktiken zeigen, dass die Gewalt gegen Frauen – die mitunter auf Folter hinauslaufen – nicht nur vom Staat toleriert, sondern auch unterstützt werden.

AMNESTY
INTERNATIONAL



Zugang zu lebensrettenden Schwangerschaftsabbrüchen

Abtreibung ist in sieben amerikanischen Ländern ausnahmslos verboten: in Chile, der Dominikanischen Republik, El Salvador, Haiti, Honduras, Nicaragua und Suriname. Das Verbot gilt dort auch, wenn die Gesundheit oder das Leben eines Mädchens oder einer Frau davon abhängen. In den meisten anderen Ländern ist es selbst ohne Verbot unglaublich schwierig, Zugang zu lebensrettenden Schwangerschaftsabbrüchen zu bekommen, da medizinische Fachkräfte dies teilweise aus ideologischen Gründen ablehnen. In Uruguay beispielsweise, einem Land, das Abtreibung im Jahr 2012 legalisiert hat, bezeichnen sich viele Mitarbeiter im Gesundheitssystem als „gewissenhafte Gegner“ und lehnen es ab, Abbrüche durchzuführen.

Viele Frauen sehen daher nicht viel mehr Möglichkeiten als unsichere „Hinterzimmer-Abtreibungen“ zu versuchen. Diese waren 2014 in der Region der Grund für mindestens jeden zehnten Todesfall während einer Schwangerschaft.

Rosaura Arisleida Almonte Hernández, ein 16-jähriges Mädchen aus der Dominikanischen Republik, starb im August 2012 an Leukämie, nachdem Ärzte ihre Behandlung hinauszögerten, da sie schwanger war. So bekam sie nicht die optimale Behandlung, die ihrem Zustand angemessen gewesen wäre. Mehrere Abtreibungsgesuche von Rosaura, die ihr erlaubt hätten, die dringend nötige Therapie zu bekommen, wurden abgelehnt, da das Vorgehen unter allen Umständen verboten ist. Die Krebsbehandlung begann erst einige Tage nachdem Rosaura eine Fehlgeburt erlitten hatte, jedoch war es dann bereits zu spät, ihr Leben zu retten.

Sogar in Ländern, die Abtreibungen unter gewissen Umständen erlauben, lehnen Ärzte des öffentlichen Gesundheitssystems es aus persönlicher Überzeugung ab, Schwangerschaften abzubrechen. Der einzige Ausweg besteht dann oft darin, für eine private Abtreibung zu bezahlen, was für Frauen mit geringen finanziellen Mitteln nicht möglich ist.

2015 lehnten die Behörden wiederholt die Abtreibungsgesuche einer 10-Jährigen ab, die durch eine Vergewaltigung schwanger geworden war. Da sie so keinen Schwangerschaftsabbruch bekommen konnte, wurde das Kind gezwungen, das Baby auszutragen.

Zwangssterilisationen

Amnesty International hat auch Fälle dokumentiert, in denen Frauen gegen ihren Willen dazu gezwungen wurden, sich medizinischen Behandlungen zu unterziehen oder wegen ihrer HIV Erkrankung verspottet oder diskriminiert wurden, wenn sie für die Entbinung ein Krankenhaus aufgesucht hatten.

Im Rahmen einer medizinischen Routineuntersuchung erfuhr Michelle, eine 23-jährige Mutter zweier Kinder von Veracruz – einem Bundesstaat westlich von Mexiko City – im vierten Schwangerschaftsmonat, dass sie HIV positiv ist.

Am Tag als sie sich zur Geburt des Kindes in das Krankenhaus begab, fand sie einen Banner mit der Aufschrift „HIV“ an ihrem Bett. Später erzählte ihr der Arzt, dass sie sich einer Operation unterziehen müsste, um weitere Schwangerschaften zu verhindern. Michelle sagte, dass sie die Operation nicht wollte, die Ärzte sie aber ignorierten und statt dessen die Sterilisation – welche auf immer ihr die Möglichkeit nahm, Kinder zu bekommen – durchführten. Während ihres Krankenhausaufenthaltes vermieden die Krankenschwestern,



Michelle zu berühren. Als sie einmal blutete gab ihr eine Krankenschwester einen Lappen mit dem Kommentar, sie müsse das Blut selbst wegwischen, um eine Ansteckung zu vermeiden.

Zwischen 1996 und 2000 haben die peruanischen Behörden im Rahmen einer Aktion zur "Bekämpfung der Armut" mit der schrecklichen Maßnahme begonnen, arme Frauen zu sterilisieren. Viele Frauen leben immer noch mit den Konsequenzen dieser Massensterilisation.

Eine Frau, die von dieser Aktion betroffen war, ist Esperanza, eine heute 59-jährige Frau im Norden Perus. Sie wurde 1998 zwangssterilisiert. Seit dieser Zeit leidet sie unter Rückenschmerzen, welche es ihr manchmal nicht ermöglichen, arbeiten zu gehen. Zudem muss sie gegen die psychologischen Belastungen, die die Zwangssterilisation mit sich bringen, ankämpfen.

Selbst Jahre später haben es die Verantwortlichen nicht geschafft, ihr oder irgend einer anderen Frau eine Entschädigung zu zahlen oder ihnen eine Behandlung zu kommen zu lassen, die ihr Leiden erleichtern könnte.

Übersetzung:

Amnesty International, El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

Americas: Lottery approach to health care for women putting thousands of lives at risk

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/03/americas-lottery-approach-to-health-care-for-women-putting-thousands-of-lives-at-risk/>

7. März 2016

Offener Brief an die Regierungen der Staaten Amerikas:

Bitte unterzeichnen Sie die Online-Petition

<http://amnistia.cl/web/acciononline/open-letter-to-presidents-heads-of-state-of-countries-in-the-americas/>

